

Parlamentarischer Vorstoss

2025/555

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Für ein sozialverträgliches, koordiniertes und transparentes Verfahren bei Krankentaggeld, IV und RAV – Versorgungslücken schliessen
Urheber/in:	Juliana Weber Killer
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Bammatter, Boerlin, Ismail, Jansen, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr, Koller, Locher, Meschberger, Mikeler, Roth, Schürch, Stöcklin, Strüby-Schaub, Wyss
Eingereicht am:	27. November 2025
Dringlichkeit:	—

Krankentaggeldversicherungen sollen Menschen während langer Krankheit vor dem sozialen Abstieg schützen. Dennoch kommt es immer wieder zu Fällen, in denen Betroffene zwischen Krankentaggeld, Arbeitslosenkasse und Invalidenversicherung in schwerwiegende Lücken geraten. Besonders gravierend sind solche Situationen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, die in einer ohnehin belastenden Lebensphase mit einem unübersichtlichen Behördensystem, widersprüchlichen Zuständigkeiten und überbordender Bürokratie konfrontiert werden.

- Betroffene müssen selbst in akut krankheitsbedingten Krisen komplexe Anmelde- und Abklärungsverfahren bei mehreren Stellen durchlaufen (KTG, RAV, IV).
- Versicherungen können unterschiedliche Diagnosen ohne klar nachvollziehbare Kriterien als «Rückfall» werten, was zu abruptem Leistungsstopp führt.
- Fehlentscheidungen von Arbeitgebern oder Versicherern (wie fälschlich ausgezahlte KTG-Leistungen) haben existenzielle Folgen für Betroffene.
- Es fehlt eine koordinierende Stelle, die den Übergang zwischen KTG, RAV und IV sicherstellt.

Es braucht eine Fach-Koordinationsstelle, um Betroffene zu stärken, bürokratische Hürden abzubauen und die Rechte der Versicherten besser zu schützen. Niemand soll während einer schweren Krankheit durch administrative Fehlleistungen oder systemische Lücken in die Armut abrutschen.

Fachstellen, Psychiatrien sowie Patient:innenorganisationen bestätigen, dass die strukturellen Probleme regelmässig zu Zwischenfinanzierungslücken, Existenzbedrohungen und einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustands der Betroffenen führen. Es braucht deshalb dringend Reformen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten:

1. **Koordinationspflicht:**
Wie kann eine verbindliche Fach-/Koordinationsstelle zwischen Krankentaggeldversicherungen, RAV und IV geschaffen werden, um Leistungsunterbrüche ohne Verschulden der Betroffenen zu verhindern? Hilfe beim Ausfüllen der vielen Antragsformulare?
2. **Automatisierte Übergänge:**
Welche gesetzlichen Anpassungen braucht es, um automatische und nahtlose Übergänge zwischen Krankentaggeld, RAV und IV sicherzustellen – insbesondere bei psychischen Erkrankungen?
3. **Schuldenerlass bei existenzieller Notlage:**
Welche rechtlichen Grundlagen sind notwendig, damit Betroffene unverschuldete Rückforderungen (z. B. bei Fehlüberweisungen der Versicherungen) erlassen werden?
4. **Verlängerte Bezugsdauer für psychische Erkrankungen:**
Ist eine Anpassung der gesetzlichen Bezugsdauer des Krankentaggelds für psychische Erkrankungen prüfenswert, da deren Heilungsverläufe oft deutlich länger sind?
5. **Behördliche Transparenzplattform:**
Wie könnte ein zentrales, öffentlich zugängliches Informationsportal («Wikipedia der Behörden») geschaffen werden, das Zuständigkeiten, Verfahren und kantonale Beratungsangebote verständlich und verbindlich darstellt?